

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Kreistagsmitglieder, sehr geehrte Gäste,

Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt hat: „Nur eine solidarische Welt kann eine gerechte und friedvolle Welt sein“.

Das Gegenteil einer solidarischen Welt sind globale und gesellschaftliche Verhältnisse, in denen das Recht des Stärkeren gilt, gestützt auf militärische und vor allem wirtschaftliche Macht. Die Kriege und Konflikte in der Welt verhindern die Schaffung einer solidarischen Welt. Sie binden und verschlingen zugleich die Ressourcen, die für die Lösung der Probleme benötigt werden.

Noch nie hat es im Kreis Minden-Lübbecke- zumindest seit ich Mitglied des Kreistags sein darf- eine solch krisenhafte Zeit gegeben. Darum sollte ein Haushalt in diesen krisenhaften Zeiten nach unserem Verständnis ein Haushalt der politisch gelebten Solidarität sein.

Da haben wir zum einen die Debatte um die Kreisumlage, die nicht nur falsch zugespitzt ist, sondern unsolidarisch ist. Man kann ja Kritik aus Gemeindesicht oder Bürgermeistersicht äußern und die Schwerpunktsetzung des Kreises als falsch bewerten, aber man sollte schon stets bei den Fakten bleiben. Die Bürgermeister im Kreis haben ein Schreiben an uns, die Kreistagsmitglieder, aufgesetzt, dass nett ausgedrückt eine Zumutung ist. Sie beleidigen hier ehrenamtliche Politiker*innen indem sie unterstellen, dass wir nicht „den Ernst der Lage vollumfänglich erkannt“ hätten. Außerdem stellen die Bürgermeister fest, dass „für Prestigeprojekte und Wohlfühlprogramme keine Spielräume“ bestehen. Damit werden sie wohl die eigenen meinen. Ich erwähne nur kurz die Kosten für ein gescheitertes Multihallenvorhaben, den Rückbau einer Stadtautobahn, die Verlegung eines ganzen Busbahnhofs um 200 Meter und den geplanten Umbau eines Sportplatzes für 10,5 Millionen!

Sehr geehrte Bürgermeister, mit solchen Provokationen erreichen Sie nichts, also gar nichts! Dass die Finanzprobleme ihrer Städte ihre Ursache in einer zu hohen Kreisumlage haben sollen, ist doch nach der Faktenlage ein Ammenmärchen.

Die Ursache ihrer klammen Kassen ist primär strukturell, bedingt durch die systemische Unterfinanzierung der gesamten kommunalen Ebene. Das wissen Sie auch. Es drohen Haushaltssperren und das Verschieben dringend notwendiger Investitionen. Die Bürgermeister haben uns darauf hingewiesen, dass der Kreis „keine eigenen Bürger hat“. Genau! In den Städten und Gemeinden leben und arbeiten wir. Dort ist unser Zuhause. Und darum erwarte ich nach wie vor von Ihnen, dass sie sich über Ihre Landtags- und Bundestagsabgeordneten endlich mal an der richtigen Stelle für die auskömmliche Finanzausstattung einsetzen.

Im Planungsprozess zum Haushaltsplan-Entwurf 2024 wurden bereits zahlreiche Kürzungen eingepreist. Eine Einsparung im Sozialdezernat sowie in der Bauunterhaltung erscheint unmöglich. Baumaßnahmen lassen sich evtl. um ein oder zwei Jahre schieben, werden dann aber auch teurer.

Ob noch weitere bisher unbekannte Investitionsmaßnahmen fällig werden, wissen wir leider noch nicht, ist aber anzunehmen. Beispiele sind: ggf. Änderungen zum Rettungsdienst-Bedarfsplan bei einer Krankenhaus-Schließung in Rahden oder auch eventuelle Mehrkosten bei der Sanierung der Kampa-Halle. Bekannt ist schon jetzt, dass das geplante Zeitfenster für die Sanierung nicht gehalten werden kann.

Bei den kreisangehörigen Kommunen ist bei den Umlagegrundlagen wie auch bei der Steuerkraft teilweise noch eine kleine Steigerung oder auch ein Rückgang zu verzeichnen. Eine kreisweite Erdrosselung der Kommunen -wie im Benehmensverfahren angesprochen- können wir jedoch nicht erkennen. Über 75% der Aufgaben des Kreises sind Pflichtaufgaben, daneben steht ein kleiner Bereich der sogenannten freiwilligen Leistungen, die aber eigentlich nicht freiwillig sind, sondern aus unserer Sicht notwendig, um z.B. Einrichtungen im sozialen Bereich nachhaltig finanziell abzusichern. Da kann man nicht ernsthaft kürzen.

Die Kämmerei hat bereits eine Liste mit Konsolidierungsmaßnahmen in den Haushalt aufgenommen. An dieser Stelle danken wir Frau Wöhrmann und Frau Streitz für ihre Arbeit, um die Riesenaufgabe der Haushaltsaufstellung zu meistern. Genauso gilt unser Dank allen Beschäftigten des Kreises.

Auf Kreis und Kommunen kommen in den nächsten Jahren große Belastungen zu, wie wir alle wissen. Hier stehen die Mühlenkreiskliniken im Focus mit den Defiziten und den zukünftigen Kosten für die Neubauten.

Die Ursachen dafür liegen in der Gesundheitspolitik, Krankenhausfinanzierung und Reformen. Dieses in der Komplexität an dieser Stelle beleuchten zu wollen, würde den Rahmen und den Abend sprengen. Schließlich haben uns diese Themen das ganze Jahr begleitet und sind intensiv bearbeitet worden. Mit dem im November beschlossenen Konzept kann man nicht zu 100 % zufrieden sein, weil wir im Grundsatz der Schließung von Krankenhäusern kritisch gegenüberstehen.

Notwendig ist eine sektorenübergreifende und detaillierte Bedarfsplanung. Und das ist Landesaufgabe.

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, insbesondere in ländlichen Gebieten, erfolgt am besten durch die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung und durch flächendeckende, wohnortnahe ambulante Gesundheitszentren der Krankenhäuser.

Leider sind wir (noch) nicht an diesem Punkt. Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Bedingungen braucht es vor allem die eingangs angesprochene Solidarität um eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Und die habe ich in der Diskussion um unsere Mühlenkreiskliniken absolut vermisst!

Als die Mühlenkreiskliniken AöR gegründet wurde, waren die Kommunen - wie Bad Oeynhausen, Lübbecke und Rahden - eigentlich ganz froh, dass sie sich aus der Verantwortung für die Krankenhäuser vor allem auch in finanzieller Hinsicht zurückziehen konnten. Seitdem haben sie sich weder für die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser, noch für die Beschäftigten oder die Versorgung der Patient*innen interessiert. Sie haben alles komplett dem Kreis als Träger der Mühlenkreiskliniken überlassen. Finanziell beteiligt haben sie sich ebenfalls nie – im Gegensatz zu anderen Kommunen, die öffentliche Krankenhäuser betreiben.

Jetzt liegt das Kind bedrohlich nah am Brunnenrand. Anstatt sich konstruktiv an Diskussionen zu beteiligen, ist eine ärgerliche negative Auseinandersetzung ausgebrochen. Der Lübbecker Stadtrat hat den Bad Oeynhausener Bürger*innen die Notwendigkeit eines Krankenhauses abgesprochen, um die eigenen Pfründe zu sichern. Mehr Kirchturm geht eigentlich gar nicht. Die Bürgerinitiative schwingt sich zu Krankenhausexperten auf und beleidigt hauptsächlich Politiker*innen. Ein „Wetterfrosch“ aus dem sogenannten „Lübbecker Land“ bezeichnet die Kreistagsmitglieder als „bildungsfern“ in der leidigen Debatte um ein Wäldchen. Man möchte abgängige Krankenhausgebäude erhalten ohne eine Idee zur Finanzierung. Alle möchten ein Krankenhaus vor der Haustür haben, es aber nicht bezahlen. Und das ist unsolidarisch. Als Linke sagen wir: Statt Kirchtumpolitik ist Solidarität gefordert. Ein solidarisches und gemeinsames Eintreten aller Akteure der kommunalen Ebene gegenüber Bund und Land, damit die Finanzausstattung auskömmlich wird.

Ja, die Bürgermeister haben uns darüber belehrt, dass der Kreis keine eigenen Einwohner*innen hat. Aber sie wohnen in den Städten und Gemeinden im Kreis und müssen auch deshalb im Falle eines Falles in den Krankenhäusern versorgt werden. Wie viel ist Ihnen das wert?

Genau! Und deswegen müssen sich die Kommunen an den Kosten beteiligen. Und das macht gerade mal 1% der Kreisumlage aus. Das ist solidarisch und deshalb richtig. Natürlich wird mit dem Kreishaushalt Rücksicht auf die Kommunen genommen, das ist eine gesetzliche Grundlage, an die man sich selbstverständlich hält.

Deshalb hätten wir eigentlich in diesem Jahr dem Haushalt zustimmen können.

Aber aufgrund der eben abgestimmten schmerzhaften Kürzungen am falschen Ende insbesondere Kommunales Arbeitsmarktprogramm und Stellenplan stimmen wir dem so nicht zu.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr.